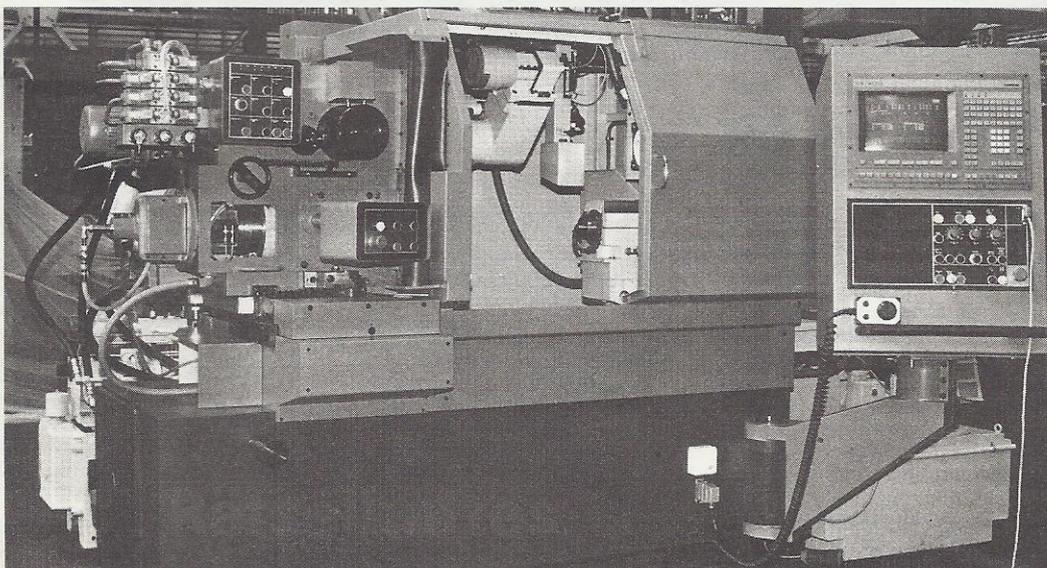
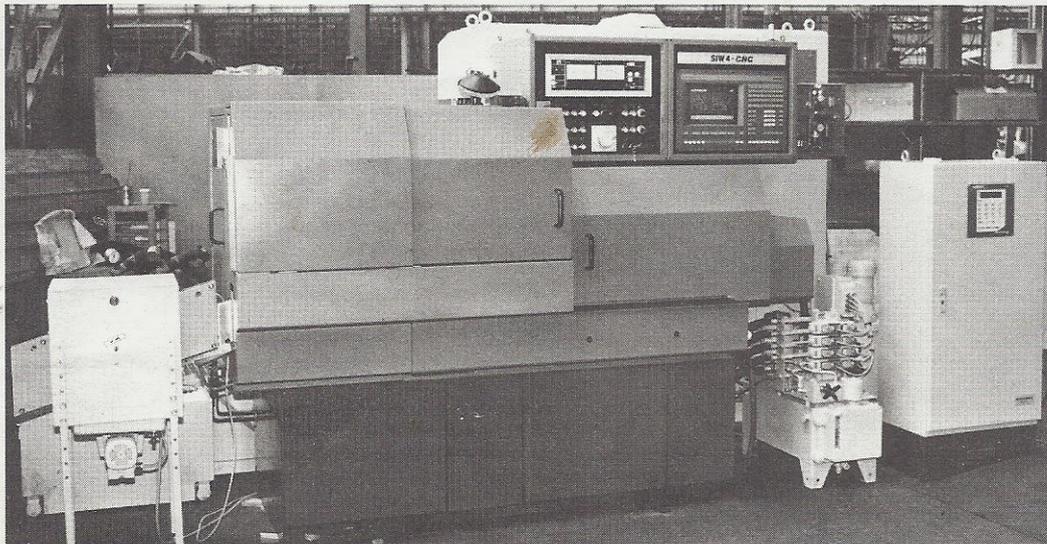


BWF Journal

ZEITUNG DER BERLINER WERKZEUGMASCHINENFABRIK
40. JAHRGANG • 10 PFENNIG

Nr. 5

BWF-Maschinen zur EMO



Beschäftigung sichern durch Einbeziehung und Gestaltung des Umfeldes

Rund 1000 Arbeitsplätze wären insgesamt möglich

Zum Gelingen ist Mitwirkung der Belegschaft erforderlich

Durch die Geschäftsleitung sind Materialien über den Erhalt einer höchstmöglichen Anzahl von Arbeitsplätzen unter Einbeziehung und Gestaltung des Umfeldes ausgearbeitet worden.

Im Kern der Überlegungen steht die Produktion von Schleifmaschinen, durch die zwischen 500 bis 600 Mitarbeiter Beschäfti-

gung finden würden. Weitere 400 bis 500 Arbeitsplätze könnten durch die Ausgliederung und Verselbständigung einzelner Teileinheiten gesichert werden. Angedacht ist u. a. die Herauslösung der Hauptmechanik, des Blechcenters, des Stahllagers, der Lackiererei, der Verpackung und Oberflächenbehandlung.

Eine entscheidende Voraussetzung, um diesem Vorhaben zum Erfolg zu verhelfen, ist die Identifikation und Mitwirkung sowohl der Belegschaft insgesamt als auch des Betriebsrates. So wird eine zentrale Aufgabe sein, die damit verbundenen personellen Fragen zu klären.

Ferner richtet die Geschäfts-

Mit diesen Maschinen präsentiert sich BWF auf der EMO in Paris. Bei beiden Exponaten handelt es sich um Neuentwicklungen, die auf der Hausausstellung viel Beachtung fanden. Vorgesehen war ursprünglich, nur die SIW 4-CNC in Paris zu zeigen. Doch aufgrund der großen Kundenresonanz ermöglichte die Treuhand, auch die SI 4-CNC zusätzlich auszustellen.

Die Pariser EMO, die vom 4. bis 12. Juni stattfindet, erwartet mehr als 1 600 Aussteller aus 36 Ländern sowie etwa 200 000 Fachbesucher.

leitung ihre Aktivitäten auf eine Verlegung der BWF-Produktionsfläche hin zu BVF, TB unter Einbeziehung der Kfz-Werkstatt. Dazu sind jedoch noch grundsätzliche Entscheidungen durch die Treuhand zu treffen. Derzeit, so der Geschäftsführer, sind keine Ansatzpunkte erkennbar, die Produktionshalle auch noch 1995 als einziges Unternehmen optimal zu nutzen und die damit verbundenen Fixkosten für den Unterhalt zu bestreiten.

Bilanz für April nicht sehr positiv

Mit einem nicht sehr positiven Umsatz von 663 000 Mark schloß BWF den Monat April ab. Ein Zuwachs, so Geschäftsführer Horst Lehnert auf der Monatsinformation, kann erst wieder ab Juni erzielt werden. Dann geht es um die Verpflichtungen aus den Verträgen mit der Sowjetunion.

Das Unternehmen mußte einen zeitweiligen Liquiditätskredit in Höhe von 2 Millionen Mark aufnehmen. Demgegenüber stehen noch immer offene Forderungen aus dem Export vom vergangenen Jahr von 16 Millionen und von 11,8 Millionen für 1991 – insgesamt also 27,8 Millionen DM – zu Buche. Die Liquidität kann bis ins dritte Quartal als gesichert betrachtet werden.

Informationen über den Stand und die Entwicklung des Unternehmens standen im Mittelpunkt einer Betriebsversammlung am 24. April.

Betriebsratsvorsitzender Silvio Löffler machte noch einmal den Standpunkt des Betriebsrates deutlich, dem es in allererster Linie um den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze geht. Dazu ist das Umfeld in die Betrachtungen einzubeziehen. Er begrüßte es, daß sich nunmehr auch der Aufsichtsrat dieser Problematik stellt.

Dies unterstrich auch Geschäftsführer Horst Lehnert, der hervorhob, daß um den Industriestandort gekämpft wird. Der Unterstützung der Kommune kann sich BWF sicher sein. Er warnte dennoch vor unbegründeten Erwartungshaltungen. Schließlich könne nicht allen der Arbeitsplatz erhalten werden.

Auf die Hausausstellung eingehend, brachten sowohl Betriebsrat als auch Geschäftsleitung zum Ausdruck, daß es damit gelungen ist, wesentlich zur Stärkung des Selbstbewußtseins der BWFler beizutragen und den Glauben an die eigenen Leistungen und Fähigkeiten zu stärken.

Gast auf der Betriebsversammlung war Manfred Foede, 1. Bevollmächtigter der Ortverwaltung der IG-Metall Berlin.

Er verwies darauf, daß zur Zeit der Maueröffnung im Ostteil der Stadt 160 000 Menschen im IG-Metall-Bereich tätig waren. Zur Währungsunion im Juli des vergangenen Jahres waren es dagegen nur noch 147 000, und zur Zeit sind es 120 000. Davon, so kann man vorausschauend feststellen, werden bis zum 30. 6. 1991 48 000 Metaller ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Probleme der Branche beschränken sich jedoch keinesfalls nur auf den Ostteil Berlins. Auch im Westen der Stadt sind rund 20 000 Arbeitsplätze gefährdet.

Besonders kritisierte Manfred Foede die Arbeit der Treuhandanstalt, die ihre Aufgaben nur unter engen marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet. Nichts wird für den Erhalt

Metallarbeitsplätze in Berlin befinden sich im Abwärtstrend

Betriebsversammlung: Wie steht es ums Unternehmen?



der Arbeitsplätze oder für weitreichendere Maßnahmen getan. Auch wenn in den Betrieben Sozialpläne aufgestellt werden, so können diese immer nur der letzte Ausweg sein.

Als problematisch bezeichnete er auch die Übernahme von Gesetzen aus der alten BRD. Die mit der Vereinigung völlig neu entstandene Situation lasse sich nicht mit alten Mitteln meistern. Das Resultat sind enorme Rechtsunsicherheiten und sogar regelrechte Lücken.

Manfred Foede verwies auf die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung bis zum 31. 12.

1991. Ziel der IG-Metall ist es, eine weitere Verlängerung bis zum 31. 12. 1992 zu erwirken. Egal, wie die Entscheidungen aussehen werden, dies bedeutet in keinem Fall die automatische Verlängerung der Zuschußzahlungen. Diese Maßnahme war sowieso so, wie sie gehandhabt wurde, umstritten.

Er berichtete ferner, daß eine neue Linie in der Arbeit der Treuhandanstalt erkennbar ist. Diese schließe die Sanierung von Unternehmen nicht mehr strikt aus. Dennoch war es in verschiedenen Fällen mit Billigung der Treuhand möglich,

daß sich in den Aufsichtsräten Leute etablieren, die sich kraft ihrer Befugnisse aus den Betrieben die Filetstücke herausuchen und den Rest ins „Nichts“ fallen lassen wollen. Foede unterstrich die Linie der IG-Metall, die Problematik stets als Gesamtheit zu betrachten und durch ABM-Maßnahmen oder durch die Verselbständigung einzelner Bereiche ein Maximum an Arbeitsplätzen zu sichern.

Die sogenannten Stammbetriebe mit den Geschäftsleitungen sollten sich bei diesem Prozeß als eine Art Holding betrachten.

Interessenausgleich zur Betriebsänderung

Die Unternehmensleitung und der Betriebsrat der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik GmbH sind sich darüber einig, daß zur Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit und Sanierung im Rahmen der Marktwirtschaft ein Abbau der Belegschaftsgröße unumgänglich ist.

Die Durchsetzung dieser Aufgabe erfordert eine umfassende Betriebsänderung. Die Vertragsparteien vereinbaren die Durchführung folgender Maßnahmen hierzu:

1. Allen nachweisbar freizusetzenden Arbeitnehmern wird unter Einhaltung der geset-

zlichen, tariflichen oder einzelvertraglichen Kündigungsfrist die betriebsbedingte Kündigung ausgesprochen.

2. Unter Beachtung des Tarifabkommens vom 30. 7. 1990 sind alle Kündigungen bis zum 30. 6. 1991 schwebend unwirksam.

3. Die notwendigen Kündigungen aus betrieblichen Gründen erfolgen unter Beachtung einer sozialen Auswahl. Maßgebend hierfür ist die zwischen der Unternehmensleitung und dem Betriebsrat vereinbarte Auswahlrichtlinie.

4. Abweichungen von der Auswahlrichtlinie bedürfen der Zustimmung beider Vertragsparteien.

5. Die Unternehmensleitung und der Betriebsrat vereinbaren einen Sozialplan zur Milderung von sozialen Härten.

6. Die Unternehmensleitung und der Betriebsrat stimmen überein, daß im Interesse der freizusetzenden Arbeitnehmer alle Möglichkeiten der ABM, Umschulungen und weitere zu nutzen sind. Die Geschäftsleitung unterstützt die Gründung einer Innovations- und Qualifizierungsgesellschaft. Die Modalitäten

werden in einem gesonderten Vertrag geregelt.

7. Die Unternehmensleitung wird den Arbeitnehmern nach Möglichkeit bereits vor dem Kündigungstermin mitteilen, zu welchem Zeitpunkt sie mit der Entlassung zu rechnen haben.

8. Dieser Interessenausgleich tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Berlin, den 26. 3. 1991

gez. Lehnert gez. Löffler
Unternehmens- Betriebsrat
leitung